

Der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch ist wegen der hohen Sicherheitsstandards auf der US-Air Base Ramstein nicht übermäßig beunruhigt – die bei Anschlägen stark gefährdeten einheimischen Anwohner lassen ihn offensichtlich völlig kalt!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 193/07 – 14.09.07**

**Bruch über Anschlagpläne nicht beunruhigt:
Die US-Militärs werden geschützt,
und die einheimische Bevölkerung wird schutzlos
einer wachsenden Gefährdung ausgesetzt!**

(<http://www.swr.de/nachrichten/rp/-id=1682/nid=1682/did=2578658/1th3jnm/index.html>)



"Das Bekennerschreiben zum geplanten Anschlag auf den US-Flugplatz Ramstein hat den rheinland-pfälzischen **Innenminister Karl-Peter Bruch (SPD)** nicht übermäßig beunruhigt. Bruch sagte, es habe nur den Zweck, die Verantwortlichen zu verunsichern. Es ändere nichts an den hohen Sicherheitsstandards auf der US-Airbase Ramstein. Er nehme das Schreiben zwar zur Kenntnis, bewerte es aber nicht besonders hoch, sagte Bruch dem SWR. Die Verfasser wollten verunsichern, sie 'wollten uns in eine Situation bringen in der wir sagen, wir hätten Angst gehabt'. Dies sei aber nicht der Fall gewesen." Das Zitat und das Bruch-Bild wur-

den der Website des SWR vom 12.09.07 entnommen und können über den o. a. Link aufgerufen werden.

In der am 12.09.07 um 19.45 Uhr ausgestrahlten Sendung "Rheinland-Pfalz aktuell" des SWR-Fernsehens sagte Bruch u. a.: "Wir haben Ramstein sowieso gesichert. Jeder Terrorist, der Ramstein angreift, muss blöde sein, weil, da kann man nicht rein." Mit Ramstein meint Herr Bruch nicht etwa die Stadt Ramstein-Miesenbach, sondern die US-Air Base Ramstein. Nicht die westpfälzische Stadt, den US-Militärflugplatz hat er also "sowieso" noch zusätzlich von rheinland-pfälzischen Polizisten bewachen lassen.

Natürlich sind Sprengstoffattentäter nicht so "blöd", dass sie in eine der am stärksten gesicherten US-Militärbasen einzudringen versuchen. In Großbritannien wurden ja auch nicht die von der US-Air Force benutzten RAF-Flugplätze Mildenhall oder Lakenheath heimgesucht, und in Spanien wurde nicht die US-Air Base Torrejon angegriffen. Die Sprengsätze explodierten in Fahrzeugen des öffentlichen Nahverkehrs, und fast alle Opfer waren einheimische Zivilisten. Die von Anschlägen bedrohten Bewohner der Westpfalz kommen in den Sicherheitsüberlegungen des hauptsächlich für ihren Schutz zuständigen Innenministers Bruch überhaupt nicht vor. Er sorgt sich offensichtlich nur um das Wohlergehen der US-Militärs, die ihn zum Ehrenobristen gekürt haben.

Sein Parteifreund, **der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Hartmann**, der kürzlich noch von "attraktiven Zielen wie Ramstein" schwadronierte, hat jetzt zumindest begriffen, dass es nicht nur um die Air Base geht. In der SWR-Sendung verkündete er: "Wir sind ein gefährdeter Raum. Damit werden wir noch lange Zeit leben müssen. Deshalb muss unsere Aufmerksamkeit hoch sein. Wir sollten aber nicht panisch werden, denn damit täten wir den Terroristen schon einen Gefallen." Wir empfehlen Herrn Hartmann aus Wackernheim bei Mainz in die Region Kaiserslautern umzuziehen. Er müsste uns schon selbst vorfüh-

ren, wie man, ohne panisch zu werden, auf einem Pulverfass auf den großen Knall warten kann. Mit abwiegelnden Empfehlungen aus sicherer Distanz lassen sich Anschläge auf die Menschen in der Westpfalz sicher nicht verhindern.

Kleinlaut und sichtlich verunsichert kam in der o. a. Sendung auch **Klaus Layes, der CDU-Bürgermeister der Stadt Ramstein-Miesenbach**, zu Wort: "Wir müssen aufmerksam sein, wir müssen alle hellwach sein. Die Bevölkerung selbst muss auch wissen, dass sie ihren Anteil dazu beitragen kann, indem man beobachtet, was sich tut, und indem man Auffälligkeiten auch weiter meldet."

Bisher hat Herr Layes immer behauptet, die US-Streitkräfte seien vor allem zu unserem Schutz in der Westpfalz. Jetzt fordert er die Bevölkerung auf, nicht nur sich selbst, sondern die US-Militärs gleich mit abzusichern. Sollen die Einheimischen auch nachts hellwach sein, und durch die Straßen ihrer Wohnorte patrouillieren? Müssen alle abgestellten Fahrzeuge, die kein "KL" im Kennzeichen haben, sofort von Sprengstoff-Spürhunden beschnuppert werden? Eine Auflistung der zu meldenden "Auffälligkeiten" im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Ramstein-Miesenbach wäre sicher eine große Hilfe für alle freiwilligen Aufpasser, die sich zwar gegenseitig bespitzeln, aber nicht beschützen können.

Frau Gudrun Heß-Schmidt von der CDU, die 1. Beigeordnete der Kreisverwaltung Kaiserslautern, versicherte im SWR-Fernsehen, dass der Katastrophenschutz spätestens nach acht Minuten mit modernstem Gerät an jedem Einsatzort im Kreis sein könne. Sie weiß aber nicht, ob man damit allen denkbaren Anschlägen gewachsen ist.

Die **CDU-Landtagsabgeordnete Marlies Kohnle-Gros** beklagte im Fernsehen für ihre Partei vor allem die Geheimniskrämerei des Innenministers. Jetzt, wo alle Welt auf Ramstein und Spangdahlem schau, wolle auch ihre Partei über drohende Anschläge informiert werden. Will sich da jemand rechtzeitig in Sicherheit bringen?

Der SWR-Moderator meinte am Ende des Beitrages feststellen zu können, es werde "alles für den Schutz der Soldaten und der Bevölkerung getan". Die gewählte Reihenfolge muss angesichts der zitierten Politiker-Äußerungen nicht verwundern.

Alle scheinen sich nur um die Sicherheit der US-Militärs und ihrer Einrichtungen zu sorgen. Die viel größere Gefährdung der einheimischen Bevölkerung wird entweder nicht gesehen oder absichtlich verschwiegen. Den Menschen der Region Kaiserslautern wird eine falsche Sicherheit vorgegaukelt, um sie ruhig zu halten, damit sie sich auch weiterhin als wehrlose Schutzschilde für die US-Soldaten und ihre Familien missbrauchen lassen.

Die Damen und Herren aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik wissen sehr wohl, dass über 200.000 in offen zugänglichen Städten und Gemeinden lebende Einheimische nicht vor hinterhältigen Anschlägen zu schützen sind, wenn nicht sofort alle völkerrechts- und verfassungswidrigen Aktivitäten besonders der US-Streitkräfte auf und über unserem Territorium verboten werden. Die Bundesregierung oder der Bundestag hätten das längst tun müssen. Dazu verpflichtet sie der Artikel 26 unseres Grundgesetzes, der die Vorbereitung von Angriffskriegen unter Strafe stellt. Zuerst muss die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen werden. Wenn dann noch der Transport von Truppen, Waffen, Bomben oder Granaten aus der Westpfalz und der Eifel nach Afghanistan und in den Irak untersagt wird und die Kampffjets aus Spangdahlem über unseren Köpfen keine Kriegseinsätze mehr üben dürfen, sind auch keine Anschläge mehr zu befürchten. Attentate wird es nur geben, wenn (oder damit) die Bundesrepublik auch weiterhin die Angriffskriege der Bush-Administration und der NATO unterstützt. Wer mithelfen will, Anschläge zu verhindern, sollte die Politiker aller Parteien zum Handeln auffordern und den Ramsteiner Appell unterschreiben (s. www.ramsteiner-appell.de).

www.luftpst-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern